



Klimaextremisten als Wiederholungstäter

DPoIG Berlin fordert Aberkennung der Fahrerlaubnis und länderübergreifendes Vorgehen

"Wir zweifeln die charakterliche Eignung der Klimaextremistinnen und Klimaextremisten zur Teilnahme am Straßenverkehr an", sagt der DPoIG-Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf. "Unser Vorschlag lautet, ihnen die Fahrerlaubnis verwaltungsrechtlich abzuerkennen."

Bodo Pfalzgraf weiter: *"Der Staat muss solche Wiederholungstäterinnen und -täter klimaneutral zu Fußgängerinnen und Fußgängern machen."*

Die DPoIG Berlin unterstützt außerdem den Vorschlag von Iris Spranger (SPD): Die Berliner Innensenatorin will auf der am Mittwoch beginnenden Konferenz der Innenministerinnen und -minister ein „geeintes, länderübergreifendes Vorgehen“ gegen die Blockade- und Klebeaktionen einfordern. Das Argument: „Die Letzte Generation nimmt die Gefährdung Dritter bewusst und gewollt in Kauf.“

Sehen Sie dazu auch unsere bisherigen Pressemitteilungen vom 16. November, 17. Juli, 7. Juli und 30. Juni 2022 auf unserer Homepage www.dpolg.berlin.

Herausgeber:

Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB (DPoIG), Landesverband Berlin e.V.
Landesgeschäftsstelle Alt-Moabit 96 A, 10559 Berlin
Tel.: (030) 393 30 73 / 74 und Fax: (030) 393 50 92
E-Mail: post@dpolg-berlin.de und Internet: www.dpolg.berlin
V.i.S.d.P.: Bodo Pfalzgraf, Landesvorsitzender